



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Papiermühlestrasse 20
3003 Bern

Bundesbeschluss über die Finanzierung von Rüstungsausgaben der Armee durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 6. März 2026 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum Bundesbeschluss über die Finanzierung von Rüstungsausgaben der Armee durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer Stellung zu nehmen.

1. Grundsätzliche Unterstützung der Stärkung der Landesverteidigung

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verschärft. Die Schweiz ist von hybriden Bedrohungen, Cyberangriffen, Spionage und geopolitischen Spannungen betroffen. Eine angemessene Stärkung der Verteidigungsfähigkeit sowie der Schutz kritischer Infrastrukturen sind daher notwendig. Die Armee muss ihre Aufgaben im Bereich Schutz, Verteidigung und Krisenbewältigung erfüllen können.

Der zusätzliche finanzielle Bedarf zur Schliessung bestehender Fähigkeitslücken wird im erläuternden Bericht nachvollziehbar dargelegt. Insbesondere zeigt sich, dass die Armee aufgrund von Einsparungen in den vergangenen Jahrzehnten heute nicht ausreichend ausgerüstet ist, um wahrscheinlichen Bedrohungen wirksam zu begegnen. Ebenfalls nachvollziehbar ist der Bedarf bei den sicherheitsrelevanten zivilen Bundesämtern wie im Bevölkerungsschutz, der Cybersicherheit, dem Nachrichtendienst, der Bundespolizei und dem Grenzschutz, um Lücken zu schliessen.

Eine ausreichende Finanzierung der Armee und den sicherheitsrelevanten zivilen Bundesämtern wird daher im Grundsatz ausdrücklich unterstützt.

2. Ablehnung der vorgesehenen Finanzierung über eine Mehrwertsteuererhöhung

Trotz des anerkannten Handlungsbedarfs lehnen wir die vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer in diesem hohen Ausmass ab.

Die Mehrwertsteuer stellt eine breit wirkende Konsumsteuer dar, die sämtliche Haushalte belastet. Bereits heute ist sie durch zusätzliche finanzpolitische Vorhaben - insbesondere im Zusammenhang mit der Finanzierung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) - stark beansprucht. Eine weitere Erhöhung würde die Kaufkraft der Bevölkerung zusätzlich schwächen und könnte negative volkswirtschaftliche Effekte nach sich ziehen.

Gerade in einer Zeit steigender Lebenshaltungskosten ist es wichtig, die finanzielle Belastung der Haushalte möglichst stabil zu halten. Eine substanzielle Erhöhung der Mehrwertsteuer würde die Konsumnachfrage dämpfen und damit auch das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen.

3. Priorisierung und Umschichtungen im Bundeshaushalt

Wir erachten es als zielführender, die Finanzierung der notwendigen Investitionen in die Sicherheit primär durch Priorisierungen und Umschichtungen im Bundeshaushalt sicherzustellen.

Die Stärkung der Landesverteidigung ist eine zentrale Staatsaufgabe. Entsprechend sollten bestehende Ausgaben kritisch überprüft und Mittel zugunsten sicherheitsrelevanter Bereiche neu gewichtet werden. Eine solche Priorisierung trägt zur langfristigen Stabilität der Bundesfinanzen bei und vermeidet zusätzliche Steuerbelastungen für Bevölkerung und Wirtschaft.

4. Prüfung alternativer Finanzierungsquellen

Ergänzend zu budgetpolitischen Umschichtungen sollten alternative Finanzierungsquellen vertieft geprüft werden, die eine befristete Finanzierung strategisch wichtiger Investitionen ermöglichen, ohne die Bevölkerung unmittelbar durch unverhältnismässig hohe Steuerbelastungen zu beanspruchen. Eine Kombination aus verschiedenen Massnahmen mit deutlich geringerer Mehrwertsteuererhöhung zusammen mit Priorisierungen und Umschichtungen im Bundeshaushalt, Effizienzsteigerungen innerhalb der Armee, der Nutzung ausserordentlicher Einnahmen sowie weiteren befristeten Finanzierungsinstrumenten sind hierbei konkreter zu evaluieren. Auch wenn einzelne Optionen bereits geprüft wurden, erscheint eine erneute umfassende Evaluation sinnvoll, um eine ausgewogene, nachhaltige und politisch breit abgestützte Lösung zu erzielen.

Zudem ist die Finanzierung über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer politisch mit erheblichen Risiken verbunden. Angesichts der bereits hohen finanziellen Belastung vieler Haushalte durch steigende Wohn-, Gesundheits- und Energiekosten erscheint die Akzeptanz für zusätzliche Mehrwertsteuererhöhungen sowohl in Politik als auch der Bevölkerung begrenzt. Dadurch

erhöht sich das Risiko eines Scheiterns in Parlament oder Volksabstimmung, was die Finanzierung dringend notwendiger sicherheitspolitischer Investitionen zusätzlich verzögern und die Planungs- und Investitionssicherheit beeinträchtigen könnte. Vor diesem Hintergrund sollten auch alternative Finanzierungsmodelle geprüft werden, welche politisch breiter abgestützt und rascher umsetzbar sind.

5. Schlussfolgerung

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Stärkung der Landesverteidigung angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen notwendig und grundsätzlich zu unterstützen ist. Kritisch beurteilt wird jedoch insbesondere das Ausmass der vorgeschlagenen Mehrwertsteuererhöhung sowie die damit verbundene zusätzliche Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft. Die vorgeschlagene Finanzierung über eine deutliche Erhöhung der Mehrwertsteuer wird daher abgelehnt. Stattdessen sollten prioritär Umschichtungen und klare Priorisierungen im Bundeshaushalt vorgenommen sowie alternative Finanzierungsmodelle vertieft geprüft werden. Ziel muss eine langfristig tragfähige Finanzierung der sicherheitsrelevanten Aufgaben des Bundes sein, ohne die Kaufkraft der Bevölkerung in diesem erheblichen Ausmass zu belasten.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 26. Mai 2026



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Christian Arnold

Roman Balli